

Vollständige Zeitung für die Provinz Sachsen

1921 Nr. 338 Jahrgang 214



Bezugspreis: Die 22 Blätter wöchentlich monatlich 1,50, vierteljährlich 4,50, halbjährlich 8,50, jährlich 16,50, Porto befreit. Morgen-Ausgabe Anzeigenpreis: Die 6 Spalten 34 mm breite mm-Nummer 60. 4. Die 8 Spalten 30 mm breite mm-Nummer 80. 4. Abon. nach Carl, Zeitungsverlag Halle-Gotha.

Geschäftsstelle Halle-Gotha: Leipziger Straße 61/62. Fernamt Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 6809 und 6810. — Postfachnummer: Leipzig 20512. Mittwoch, 27. Juli Geschäftsstelle Berlin: Neubauer Str. 80. Fernamt Ostkurier 61. 6280. Eigene Zeitungsverlagsanstalt. — Druck von Otto Uehle, Halle-Gotha.

Der Zusammentritt des Obersten Rates

Ohne Lloyd George

w. London, 26. Juli.
Wester meldet am 11.11.11 Der Oberste Rat wird am 4. August in Paris zusammenzutreten. Lord Curzon und Balfour werden England auf der Konferenz vertreten, Lloyd George wird wahrscheinlich nicht ausgen sein.

Der diplomatische Mitarbeiter der London Times glaubt zu wissen, daß nach gestern abend von London eingehenden Nachrichten im Verlauf einer Unterhaltung mit dem französischen Reichsminister der britische Außenminister Curzon im Namen seiner Regierung grundsätzlich seine Zustimmung zur Berufung des Obersten Rates auf den 4. August und zu einer vorläufigen Sitzung des obersten Rates in Paris durch eine Sachverständigen-Kommission unter der Bedingung ausgesprochen habe, daß sich die Regierungsoberhäupter zur festgesetzten Zeit begeben, gleichgültig, was das Ergebnis der Arbeiten der Sachverständigen ausfallen möge. Dagegen soll der britische Außenminister in aller Form seinen Widerspruch gegen die Einberufung von Beratungen nach Oberösterreich aufrecht erhalten haben. Unter anderem habe er verstanden, daß diese Maßnahme die mit vieler Mühe in dem Abkommensgebiet wiederhergestellte Ruhe unterbrechen würde, daß sie außerdem einen entscheidenden deutsch-französischen Streitpunkt tragen würde, der sie in Deutschland den Eindruck hervorzurufen würde, die Entscheidung werde ungünstig ausfallen, und daß schließlich Frankreich am Rhein genügend Truppen zur Hand habe, um Deutschland zur Einnahme des Schicksals zu zwingen, das es durch die Durchführung des Schicksalspruches der Verhandlungsmächte über Oberösterreich zu überleben.

w. Paris, 26. Juli.
Wie die Morgenblätter bestätigen, ist nunmehr zwischen der englischen und französischen Regierung in zwei Punkten eine Einigung erzielt worden. Der Oberste Rat tritt bestimmt am 4. August zusammen. Die englische und italienische Regierung haben auch einen Sachverständigenausschuß, den der Querschnitt vorgeschlagen hatte, angenommen. Aber seine Aufgabe ist, wie das „Echo de Paris“ mitteilt, nicht mehr die, die im Falle gestellt werden sollte, sondern es handelt sich nur noch um die vorbereitenden Arbeiten, die der Ausbruch leisten soll. Dieser Ausbruch wird am 28. Juli seine Arbeiten beginnen. Die englische Regierung hat bereits ihre Delegationen für diesen Ausbruch bestimmt.

Die Tagesordnung des Obersten Rates

w. Paris, 26. Juli.
Wie der „Antirassant“ mitteilt, wird die Tagesordnung des Obersten Rates außer der obersten Frage noch folgende Punkte umfassen: das Reglement der türkischen Meerengen, die Sanctionen, die Befreiung der Kriegsschuldigen, die Frage der belgischen Priorität, sowie damit im Zusammenhang liegende Probleme und insbesondere ein neues Programm zugunsten Italiens, das durch Zahlungsmittel, Decker, reich, Ungarn und Belgien benachteiligt wäre, die Frage der finanziellen Hilfe für Desterreich, einer eventuellen Hilfsaktion für die russische Hungerkatastrophe, endlich die Probleme des nahen Ostens.

Der neue Brotpreis

Von Dr. Kaufhold, Mitglied des Preuß. Landtags.
Auf Grund der Berechnungen der sogenannten „Industrie-Kommission“, der Mitglieder aller Parteien angehören, hat der Reichsrat auf Vorschlag des Reichs Ernährungsministeriums und mit Zustimmung des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstags die Getreidepreise für das sogenannte Umlagegetreide für das neue Wirtschaftsjahr festgesetzt. Sie sind durchschnittlich 50 v. H. höher als im vergangenen Jahre und nur zu 10% festgesetzt worden, als die Steigerung der Produktionskosten, die von der Industrie-Kommission ermittelt worden ist, umschrieben ist. Die Industrie-Kommission, der noch auch die Sozialdemokraten irgenwelche parteipolitische Berechnungen nicht nachgeben werden, ist sehr vorbildlich vorgegangen. Sie hat ihren Berechnungen die Preise von 80 der wichtigsten Betriebsgegenstände, wie Saatgut, Futtermittel, Düngemittel, Gebäude, Maschinen usw. und etwa 160 Tarifverträge für Landarbeiter zugrunde gelegt. Wegen der Berechnungen des Getreidepreises kann also gegen ein Vorurteil gegen die Landwirtschaft nicht erhoben werden, er möchte sich in diesem Falle gegen die Industrie-Kommission richten, die den Preis festgesetzt hat.

Die sozialdemokratische Presse macht mit ihre Anhänger damit anfeinden, daß sie behauptet, daß der Brotpreis bei dem Umlagegetreide würde sich für das 4-Stund-Brot auf etwa 7,50 Mark stellen. Was wäre um die Hälfte höher als im abgelaufenen Jahre.

Gegenüber dieser sozialdemokratischen Setze muß mit aller Deutlichkeit erklärt werden, daß die heutige Landwirtschaft für eine derartige Festsetzung des Brotpreises nicht verantwortlich gemacht werden kann. Bei einem Roggenpreis von 105 Mark und einem Weizenpreis von 115 Mark je Zentner würde der Anteil des Landwirts an einem 4-Stund-Brot sich nur auf 4,20 bis 4,50 Mark stellen, selbst wenn die Ausmahlung auf 85 v. H. festgelegt und keine anderen Bestandteile bei der Brotbereitung verwendet werden dürfen. Jede weitere Ueberbelastung fällt zu Lasten anderer an der Vorbereitung beteiligten Glieder, insbesondere zu Lasten der in diesem Jahre leider noch festgehaltenen Fremdarbeiter.

Der neue Aufstand in Oberschlesien

d. Döppeln, 26. Juli.
In Aachenfeld gibt gestern abend in der ersten Stunde ein neuer Aufstandsgewalt hat. 20 bis 30 Mann sind gekommen der Apo an. Zwei Stunden später fliehen die Insurgenten die Paprotny-Wälder in Brand. Aus der Richtung Wilschensmühle wurde geschossen. Es wurde festgestellt, daß dort eine größere Schießlinie von regulären polnischen Truppen unterstellt von polnischen bewaffneten Aufzügen, vor der Wälder lag. Die Paprotny-Wälder ist vollständig niedergebrannt.
Nach den Meldungen, die der Reichsregierung zugegangen sind, ist von dem Ausbruch eines Generalstreiks in Aachenfeld nichts bekannt. Man glaubt auch nicht, daß größere Zeitverluste durch den Ausbruch sind, falls aber keine Zeitverluste für möglich. Wie betont wird, aber das aber nichts daran, daß die Verhältnisse in Aachenfeld katastrophal sind. Die Leitung der Werke blieb tatsächlich in den Händen der Betriebsräte oder polnischen Vollzugsräte. Die Betriebsräte sind durch den Ausbruch der Arbeiter in der heutigen Lage abgesetzt. Daher gehen die Betriebsräte der Werke aus, die sie für richtig erachten. In den Betrieben selbst machen sie sich Anstellungen zu machen, um an die Arbeiter helfen möchte zu lassen. Das ist natürlich ein unmöglicher Zustand. Die polnische Presse bemerkt sehr Geistesart, um die Bevölkerung aufzuklären, meistens beschränkt, in einem, in dem es heißt: „Schlaf nicht, was wir bisher. Die ausgetriebenen Wagen werden zum zweiten Male das Gleisengelenk geben.“ Die Franzosen lassen bezweifelnde Mitteilungen natürlich zurückgehen.

Generalstreik, daß er sich angeht des Umstandes, daß die Bevölkerung und vor allen Dingen die Arbeiterschaft Danzigs überwiegend deutsch sei, nie und nimmer mit einer Kaufschiffung der französischen Besatzungsmächte in Danzig einverstanden sein kann. Er befragte angeht der Erörterung der Deutschen auf die Franzosen und Polen für das Befehlen des Reichslands Danzig die größten Schwierigkeiten.

Dor einer Regierungskrisis in Sachsen

d. Dresden, 26. Juli.
Nachdem in den Verhandlungen des Bundesauschusses des Reichstages zur Beratung der Grund- und Besondereartikel am Montag einige Änderungen beschlossen wurden, die scheinbar ein Kompromiß erwarren ließen, hat sich bei den Beratungen am Dienstag vormittag das Bild wieder verändert und schließlich wurde, wie der Sächsischen Zeitungsdienst meldet, sowohl die Grund- wie der Besondereartikel mit den Stimmen der Deutschnationalen der Deutschen Volkspartei, der Sozialisten und der Kommunisten abgelehnt. Durch diesen Beschluß kommt die sächsische Regierung in eine sehr schwierige Lage, weil ihr ohne diese beiden Steuern alle Mittel zum Weiterarbeiten fehlen. Die Abgeordneten der verschiedenen Parteien waren unter dem Eindruck der Ablehnung der beiden Steuerentwürfe der Meinung, daß nunmehr für die sächsische Regierung eine sehr schwierige Situation geschaffen wurde und daß nach den Erklärungen des Finanzministers Delt mit einem Rücktritt der Regierung und mit Neuwahlen für den Landtag in absehbarer Zeit zu rechnen ist.

Neue Hilferufe

w. Weitzsch, 26. Juli.
Die Vertreter der ober-schlesischen Werke und Hütten haben nachdem ein Telegramm an die internationalisierte Kommission gelangt:
Die Vertreter sämtlicher ober-schlesischer Berg- und Hüttenwerke haben darauf hin, daß trotz der Situation der Arbeiter in Sachsen noch immer mehrere tausend Beamte und Arbeiter durch den auf den Werken und Bahnhöfen herrschenden Mangel an Arbeit, ihrer Beschäftigung nach zurückgeblieben werden, ihrer Beschäftigung nach zurückgeblieben. Die Verwaltungen bitten dringend, die zur Befreiung des Zeros aus den Werken und Bahnhöfen erforderlichen Sicherungen anzuordnen.

Karl Trimborn †

Wien, 26. Juli.
Der Reichsdeputierten-Zentrumsfraction des Reichstages, Staatssekretär a. D. Oskar Trimborn, Karl Trimborn ist gestern abend an dem Folgen einer Operation gestorben. Karl Trimborn wurde am 2. Dezember 1854 in Wien geboren. Er besuchte das Polytechnicum dort und studierte dann in Prag, München und Straßburg Rechtswissenschaften. Nach Abschluß seiner Studien ließ er sich in Wien als Rechtsanwalt nieder.
In der Politik trat er erstmalig im Jahre 1896 hervor. Er wurde damals als Kandidat des Zentrums in Wien für Reichstag und preussischen Landtag gewählt. Im Reichstag vertrat er Wien bis zur Revolution. Bei der Reichstagswahl 1912 dagegen unterlag er in Wien dem Sozialdemokraten Reichardt. Er kam dann aber noch in den Reichstag, und zwar für den Sitzkreis von Dr. Wehr sein Mandat nicht abgelegt hatte. Dort trat er mehr und mehr als einer der Hauptredner und Führer des Zentrums hervor. Nach der Befreiung Belgiens wurde Trimborn Reichsminister im Reichsregiment Reichens, am 1. August 1918 er in Wien dem Sozialdemokraten Reichardt. Er gab jedoch diese Tätigkeit auf und widmete sich wieder völlig der parlamentarischen Tätigkeit. Im Reichstag des Reichens war von Baden war er am 20. August Oktober bis zum 1. November 1918 Staatssekretär des Innern. Er gehörte dann der Nationalversammlung und dem Reichstag wiederum als Abgeordneter an.
w. Berlin, 26. Juli.
Anlässlich des Todes des Reichstagsabgeordneten Trimborn hat der Reichspräsident folgendes Beileidstelegramm geschickt: Der Reichstagsfraction und der Partei des Zentrums spreche ich zu dem schweren Verluste ihres hochverehrten Vorstehenden meine aufrichtige Teilnahme aus. Der Hrn. Trimborn hat in jahrelanger, hervorragender parlamentarischer Tätigkeit und in führender Stellung unter politischen Leben entscheidend beeinflusst. Auch in den letzten Jahren hat er sich mit voller Sorgfalt in den Dienst des Vaterlandes gestellt. Ein dankbares, ehrendes Gedenken ist ihm sicher.

Englische Schiffe nach Danzig

General Gogging über die französischen Landungsabteilungen.
Danzig, 26. Juli.
Nachdem vor einigen Tagen ein kleineres englisches Geschwader mit einzigen Schiffen eingetroffen war, wird jetzt bekannt, daß das ganze englische erste Divisionsschwader der Atlantischen Flotte unter Befehl des Admirals Richardson nach der Ostsee unterwegs ist und demnächst vor Danzig erwartet wird. Es besteht angeblich aus den Schlachtschiffen „Barham“, „Valiant“, „Malaya“, „Revenge“, „Ramilies“, „Car“ und „Resolution“. Es ist wohl nicht zweifelhaft, in der Veranlassung dieser englischen Flottenmacht vor Danzig eine Demonstration gegen die französischen Landungsabteilungen anzuordnen.

Wie war es bisher? Auch im abgelaufenen Jahre haben die Verbraucher für das Brot bedeutend mehr bezahlen müssen, als die Erzeuger für das Brotgetreide bekommen. Im abgelaufenen Jahre erhielt der Landwirt für den Doppelzentner Brotgetreide 150 bis 160 Mark. Die Reichsgetreidepreise aber hat an die Kommunalverbände das Roggenmehl für 204 Mark, das Weizenmehl für 215 Mark geliefert, also schon einen sehr beträchtlichen Aufschlag genommen. Zur weiteren Verteuerung trugen die Kommunalverbände bei. Die Stadt Berlin hat das von der Reichsgetreidestelle für 204 Mark für den Doppelzentner gekaufte Roggenmehl an Großhändler für 225 Mark weiter verkauft, und die Großhändler haben ihrerseits dann dieses Mehl an die Bäcker zu 233,80 Mark den Doppelzentner weiter verkauft. Das Weizenmehl, das die Stadt Berlin von der Reichsgetreidestelle für 215 Mark für den Doppelzentner gekauft hatte, hat sie an die Großhändler für 236,30 Mark den Doppelzentner weitergegeben, und die Großhändler haben von den Bäckern 245 Mark für den Doppelzentner bekommen.
Wästen im Wirtschaftsjahr hat die Stadt Berlin den Preis für das 4-Stund-Brot von 4,50 Mark auf 5 Mark erhöht, ohne daß die Erzeuger auch nur einen Pfennig mehr für ihr Brotgetreide erhalten hatten. Die Begründung für diese Erhöhung kam selbst dem sozialistischen „Vorwärts“ sehr sparsam vor. Brot wurde vorher aber dagegen von sozialistischer Seite nicht erhoben, da es ja eine sozialistisch getriebene Stadt war. Die hohen „Brotwucher“ normal.
Die Städte haben bei diesem Preisrückgang trotz hoher Unkosten, die sie selbst hatten, außerordentlich verdient und zum großen Teil die Preissteigerung, die sie bei der Verwirrung anderer Lebensmittel hatten, damit bezahlt. So hat z. B. die Stadt Schöneberg bei Berlin, eine Stadt von etwa 170 000 Einwohnern, im Jahre 1919 bis 1920 bei einem Umsatz von 3 982 528 Mark, wovon die Speise und die Herstellung der Brotarten 859 323 Mark vertriehen, doch noch einen Ueberschuß von 392 117 Mark gehabt. Die Kosten für die Herstellung der Brotarten und die Gehälter für das große Angestelltenheer, was die Städte unterhalten müssen, kann man aber nicht der deutschen Landwirtschaft zur Last legen.
Dazu kommt noch ein Weiteres. Die Verwaltungskontrollen der Reichsgetreidestelle hat im Jahre 1920 an uns Kosten 5 885 000 Mark verursacht, die Unkosten der Reichsgetreideabteilung stellen sich sogar auf 82 826 667 Mark. Dazu kommen die Kosten, die die einzelnen Länder haben. Der preussische Staatskommissar für Volksernährung kostete im Jahre 1921 dem preussischen Staate 13 564 060 Mark. Ähnliche Ausgaben haben die Einzelländer.
Das alles ist aber noch nicht das Entscheidende. Diese Summen sind verhältnismäßig gegenüber den Milliardenbeträgen, die das Reich hat ausgeben müssen, um im Jahre 1920 etwa 2,5 Millionen Tonnen Getreide im Ausland zu kaufen und im Inlande zu dem Preise abzugeben, wie bei

Wird für das inländische Getreide viel teurer. Nach einer Mitteilung des Reichsernährungsministers wird dazu im Jahre 1920 nicht weniger als 10,4 Milliarden Mark notwendig gewesen.

Alles in allem sind die Kosten der gesamten Zwangsverteilung für das Jahr 1920 auf rund 20 Milliarden Mark anzunehmen. Diese Summe hat das deutsche Volk aufbringen müssen durch den erhöhten Brotpreis oder durch Steuern oder Abgaben oder durch die sinkende Rente, die eine Verringerung aller anderen Sozialleistungen herbeiführt hat. Jetzt verlangen aber die feindlichen Mächte die Aufhebung der Reichsbeschlüsse für die Konferenz in London hat Lord George als einen Hauptgrund für die Zahlungsunfähigkeit des deutschen Volkes neben den Anschlägen für Eisenbahn und Post auch die Zwangsverteilung der Lebensmittel angeführt. Wenn also jetzt die Lebensmittelquoten fallen sollen und für die nächsten 7 1/2 Monate vom 15. April 1921 bis zum 31. März 1922 nur noch Verbilligungsquoten des Meines in Höhe von etwa 3,25 bis 4 Milliarden Mark angewendet werden sollen, so kann man diese Lasten nicht der deutschen Landwirtschaft zur Last legen, deren letzten Endes nur denjenigen Parteien, die das Ultimatum unterzeichneten und damit erklärt haben, daß sie die Forderungen der Feinde in finanzieller Hinsicht erfüllen wollen.

Die deutsche Landwirtschaft muß jedenfalls mit allen Entschiedenheit die sozialdemokratische Seite wegen der Erhebung des Brotpreises bekämpfen. Im Kriege und auch jetzt, drei Jahre nach dem Kriege, sind die Getreidepreise künstlich niedrig gehalten worden. Die jetzigen Getreidepreise für das Umlagegetreide sind von der Bundesregierung auf Grund der Beschäftigungskosten festgesetzt worden, und die Preise, die für das freie Getreide bezahlt werden dürfen, können unmöglich eine unerbittliche Höhe erreichen, wenn die Reichsregierung und alle beteiligten Parteien Mittel und Wege finden und ergreifen, um der Verchiebung von Getreide in das Ausland, namentlich nach Rußland und Polen, vorzubeugen. Für die Brotpreise aber, die auf 7 Mark für das aus dem Umlagegetreide hergestellte Brot sich belaufen sollten, tragen landwirtschaftliche Kreise überhaupt keine Verantwortung. Das fällt zu Lasten der Zwangsverteilung und der öffentlichen Verwaltung für deren willkürliche Aufhebung die gesamte deutsche Landwirtschaft zu Beginn des neuen Wirtschaftsjahres mit aller Entschiedenheit eingetreten ist, die sie aber infolge des Überhandnehmens der sozialdemokratischen Kreise und der Angst, die infolge dessen die gegenwärtige Reichsregierung hatte, nicht hat durchsetzen können. Wenn also jemand verantwortlich ist für den kommenden „Proletenputz“, so ist das die Sozialdemokratie und die gegenwärtige Reichsregierung.

Erfüllung der Getreideumlage nicht möglich?

Berlin, 26. Juli.
Der Reichs-Landbund hat an die Reichsregierung und die preussische Regierung folgendes Schreiben gerichtet:
„Die Erfüllung der Getreideumlage ist unmöglich. Die Reichsregierung hat die Erfüllung der Getreideumlage ohne schwere Wirtschaftsschädigung dieser Orte nicht möglich. Wir bitten daher, zum besseren Verständnis in Bezug der Getreideumlage, Umlage vollständig nachprüfen zu lassen und entsprechend den veränderten Verhältnissen herabzusetzen.“

Der Terror in der Demokratie

Folgender bezeichnende Fall wird der „Deutschen Arbeiterzeitung“ berichtet:
Vor dem Kontor eines Bauunternehmers erscheinen eines Morgens sämtliche Arbeiter und erklären, die Arbeit nicht wieder aufnehmen zu wollen, wenn der Unternehmer nicht sofort einen Arbeiter entlasse. Die Gründe zur Behauptung führen sie an:

1. arbeite der Mann ihnen überhaupt zu viel;
2. erhebe er morgens vor Arbeitsanfang zum Dienst;
3. mache er unwürdige Überhebungen;
4. habe er schon zwei Veranlassungen des Verdachtes nicht schuldig und sei deshalb ausgeschlossen worden; der Arbeitergehälter nicht stagnierende Arbeiter nicht befähigten;
5. habe der Arbeiter schon zweimal öffentlich erklärt, daß er den Grund zur Inanspruchnahme mit den Löhnen nicht einsehen könne, da er jede Woche ein paar Mark zurücklege.

Der Kirchturn von Garthausen

Revue von R. Partismas.
(Nachdruck verboten.)

Sie sind auf das Gorgianste tätig gewesen, aber viel ist es nicht, was wir erfahren haben. Wir haben alle Archive nachsehen lassen, die in Betracht kommen — Paris, London, Hannover — aber Sie wissen ja selbst, daß jene Zeit sehr unruhig war, und daß viel, sehr viel unüberbrückbar unbekannt ist. Jedenfalls — und darüber stehen Ihnen Abschriften zur Verfügung — jedenfalls ist soviel sicher, daß eine Unternehmung gegen den Händler Krumpholtz, den Vorfahren der jetzigen Firmeninhaber, im Gange war, von Seiten der französischen Behörden. Diese Unternehmung betraf Schummelg, es heißt auch Derraz, alles im Einklang mit englischen Schiffen. Dieser Mann hat wahrscheinlich die Hilfe Ihrer eigenen Vorfahren gesucht. Sie wurde ihm aber nicht gewährt, und schließlich erfolgte seiner Meeresreise mit seinen Bekanntschaften im Lande, das die Stadt Ihrer Familie auf englischen Schiffen. Es hat sich nämlich noch ein Antrag eines englischen Kapitäns auf Ertrag der Lebensversicherungen für Ihre Familie nach England gefunden. Ob diese Flucht den Abschluß der Unternehmungen gebracht hat, ist nicht festzustellen gewesen. Später hört man nichts mehr davon. Die Einziehung der jetzigen Behälterfamilie in den Rest des Bundes, ist noch nachzuweisen. Sie war unermesslich, denn der rechte Behälter wurde dadurch beiseite gefegt, und an dessen Stelle, sobald die Überwiegenden dazu imstande waren. Es scheint, daß man auch den damaligen Grafen Duffroy ins Verderben bringen wollte. Er ging ja dann auch mit seiner Familie nach England. Es war noch ein damals beschlagnahmter Brief von ihm zu ermitteln, die übrigen Familienpapiere hatte er wohl mitgenommen. In diesem Brief verband er sich gegen jede Beteiligung an irgend welchen rechtlich zweifelhaften Unternehmungen. Er muß aber dennoch verdammt worden sein, denn die französische Regierung legte ihm in Weist seine Vermögens. Wie ist das alles ja nicht!

„Aber noch genug für mich“, sagte Eghard, „um meine weiteren Entschlüsse darauf zu gründen! Dazu noch die

Der Arbeitergeiz, der den betreffenden Arbeiter als einen sehr willigen, geschickten und fleißigen Mann kennzeichnet hatte, weigerte sich, dem Verlangen der Arbeitnehmer nachzukommen. Diese erhoben außerdem die Forderung, daß ihnen die gemeinlich Stunden, welche nunmehr verhandelt werden war, einbezahlt werden sollte. Sie einer neuen Vereinbarung, welche im ganzen vier Stunden der Arbeitszeit festsetzte, ließen die Arbeitnehmer bei ihrem Beschlusse und verlangten wieder Bezahlung. Als sie auch vier zu seinem Resultat kamen, blieben sie von der Arbeit vollkommen fern und zersähen am selben Tage im totalen Hunger eine ihrer Vertreter unterzeichnete Erklärung, welche über das Beschäftigt die folgende Exakte für Berufsamtgelehrte ausprüd!

Der künftige Reichsrat

Der dem Reichstag vorgelegene Entwurf eines Gesetzes über die Vertretung der Länder im Reichsrat bestimmt, daß in größeren Ländern auf je 700 000 Einwohner eine Stimme kommen soll, doch darf kein Land mehr als zwei Stimmen auf Reichsratsstimmen haben. Die Mehrzahl ist einmündigzahl werden erst dann herbeiführt, wenn diese 350 000 übersteigen. Diese Veränderung würde folgende Stimmenverteilung im Reichsrat ergeben:

Bayern	26	Stimmen
Köln	10	„
Sachsen	7	„
Württemberg	4	„
Baden	3	„
Württemberg, Baden, Samlung je 3 Stimmen	8	„
erner 10 Kleinstaaten je 1 Stimme	10	„
Summa	66	Stimmen.

Dieser Gesetzentwurf behandelt eine Änderung der Reichsversammlung, in deren Artikel 1 bestimmt ist, daß auf je 1 Million Einwohner eine Reichsratsstimme kommt.

Die Regierung und die Affäre Bolld

Der Nationalverband deutscher Offiziere hat an Minister Schiffer folgendes Schreiben gerichtet:

„Mit lebhaftem Versehen hat der Nationalverband deutscher Offiziere von dem Reichsdeputations-Konferenz, dem Herr Reichsdeputations-Konferenz, in einer der Angelegenheiten des Obersten, der auf See Woblt hat ausgehen lassen. Wir können nur mit dem größten Bedauern feststellen, daß der Herr Minister offenbar kein Verhältnis dafür hat, daß das Offizierskorps als ein einziger Schlag ins Gesicht empfunden wurde, wenn einer seiner Angestellten mehr einer im Dienst des Vaterlandes und in einem Augenblick höchster Gefahr befangenen, durch Richterhand nicht getöteten, sondern in einem gemeiner Verbrechen behandelt wird. Der Herr Minister darf sich nicht wundern, daß seine Stellung als höchste Richter-Entscheidung bei dem Eintritte ausfällt, daß der im Weltkrieg unerschütterlichen festeren Opfer für das Vaterland gebracht hat. Sein Verstand ist geeignet, das Vertrauen zu Justizverwaltung auf das schwerste zu erschüttern und neue Veräusserung in einer Zeit hervorzuheben, in der gegenwärtigen Notzeiten und feier Zusammenhalten zwischen Regierung und Volk selbstverpflichtet sein sollte.“

Die Ergebnisse der kommunistischen „Roten Hilfe“

Die von den Berliner Kommunisten Anfang April ins Leben gerufene „Rote Hilfe“ hat bis zum 1. April 1920 und Mai die Summe von mehr als 1 000 000 Mark erzielt. Von dieser Summe sind, wie aus einem Rechenschaftsbericht, der in der deutschen Kommunistischen Presse veröffentlicht wird, hervorgeht, 1 114 571 Mark von der russischen „Sowjetregierung“ als ein „Zwangsvermögen“ gefordert worden. Die Sowjetregierung, die das russische Volk in Geld, Brot und Dingen vollkommen lassen, haben sich genötigt gesehen, die von ihnen in den Märztagen gehaltenen deutschen Arbeiter eine Entschädigung auszugeben. Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands hat nur 400 000 Mark aufgebracht, die der „Rote Hilfe“ nur gegen 1 000 000 Mark ausbezahlt werden, das es wegen der Rote Hilfe zwischen den beiden kommunistischen Parteien zu großen Streitigkeiten gekommen ist, die schließlich zu beiden Verdingungen, und der Berliner „Rote Hilfe“ ausbezahlt, und mit dem Vortritt der „Rote Hilfe“ aus der Rote Hilfe endeten. Die Anhänger der letztgenannten Partei behaupten, sie würden von der „Rote Hilfe“ die Ausschüttung der Unterhaltungsgeber händig benachteiligt.

Angaben Ihres Agenten!

Ich kann sicher sein, daß ich ihn jederzeit haben kann! Jederzeit! Ihre Art, die Angelegenheit zu behandeln — ohne Anzeigen und sonstige Verhaftungen — kommt Ihnen zustatten. Mit einem Herrn aus dem hiesigen Lande wären wir nicht so leicht zur Durchführung unserer Unternehmungen, zum Einvernehmen gekommen!“

„Wieder“, sagte Eghard, „drüben ist man nicht der Erlaubnis fremder Behörden, der Ansicht der Mächte auf andere, wie hier! Das habe ich in den wenigen Wochen gesehen, die ich hier verbracht habe! Dort ist man das, was uns vorhält, und hier das, was andere dazu bringen soll, und fortzusetzen! Das hat seine guten und seine üblen Wirkungen. Wegen Ihrer Meinung bitte an meine Bank, Nordheim u. Co. in Hamburg!“

„Noch eins!“, sagte er, „Sie wissen, daß der Graf Duffroy das Kind des Bruders Ihres Großvaters, — des jungen Herrn, der bei der Sturmflut ertrank, — mit nach England nahm. Wir haben herausgefunden, daß dies Kind nicht mit dem Grafen nach Deutschland zurückkehrte, sondern als Geiselschiff, mit dem englischen Flotte nach Afrika kam. Dort verführte der junge Mann aus den Händen der englischen Seemacht. Nach Vorgehen der taucht sein Name in den Stadtbüchern von Rotterdam auf, als Kaufmann Karl von Garthausen. Der Vorname ist derselbe, die Persongleichheit nicht zu bezweifeln! Won da ab haben wir nichts mehr über ihn erfahren.“

Eghard sah ein Schreiben aus seiner Briefkiste.
„Ich habe Ihnen hier einen Brief von diesem Karl von Garthausen an meinen Großvater aus Rotterdam vom 12. April 1821. Da schreibt er, er werde sich jetzt selbständig machen und habe eine vorläufige Gelegenheit in einer der ersten Städte in Norden des Bundes. Namen finden Sie nicht angegeben. Ich der Brief Ihnen wichtig, so nehmen Sie ihn!“

„Ich bitte darum“, sagte Eghard, „es wird diese großen Schwierigkeiten machen, dort nachzuforschen. Ich werde sofortige Rückmeldung!“

Auf der Rückreise hielt sich Eghard nur so lange in Hamburg auf, als für seine Geschäfte nötig war, und fuhr

Der Untersuchungsausschuß für den Märzaufrast

Das Ergebnis

Der Untersuchungsausschuß des preussischen Landtages für die mitteldeutschen Unruhen hat kürzlich seine Untersuchung durch das Luftfahrtgebiet unternommen. Das Ergebnis der Ermittlungen ist zusammengefaßt worden in einer Landtagsdrucksache, die zwei Gutachten miteberigt, eins von Landtagspräsidenten, eins von dem beauftragten Abgeordneten Dr. v. Draxler. Die Deutsche Tageszeitung gibt aus dem Depeschentexten einen längeren Auszug über die gemäßigteren die Entscheidungsgeschichte der unruhigen Situation im mitteldeutschen Industriegebiet darstellend, wieder. Zunächst wurden nachgehende Befragungen mit dem Ergebnis, daß die Unruhen durch die Unruhen entstanden waren. Die alten Anstalts- und Gemeindevorstände wurden entlassen, ein Reichskapital an Erfahrung und Kenntnissen ging verloren. Die Feindschaften wurden durch die Unruhen, die durch einen Diktator, Reichsdeputations-Konferenz, öffentlicher Regierung, Staatsrechtsbeurteilung, Beschäftigung, Bräutigam, Verurteilung und Defizit vorbestimmt sind, waren unerschrocken, unerschrocken, unerschrocken. Der sozialdemokratische Landrat Thiele (Salle) hat diese Beurteilung einer Art Hauptarbeit unterworfen und festgestellt, daß bei einem Teil der Gemäßigten

die absolute Unangelegentlichkeit an dem Amt

sich ergab. Mit Hilfe neuer Leute verwalteten blieb ein Amt, das auszuführen alten und erfahrenen Beamten kaum möglich wäre. Man waren auch letztere in unserem Regierungsgebiet bis auf vier durch Peinliche erlegt worden, die mit wenigen Ausnahmen jeglicher Erfahrung ermangelten. — Dem Bundesrat, der der kommunistischen Unruhen eine Ausdehnung zu nennen konnte, die den Richterhand nicht mehrwärtigen Beschäftigung in Erfahrung sehen mußte.

Das allererste aber, was die Untersuchung dieser ergeben hat, ist die geradegab:

„Die Unruhen in den oberen Verwaltungsbezirken Preussens, die ohne den der Lage gleichmäßig unterrichtet zu sein und ohne gemeinsame Unterfertigung, ja ohne Verbindung miteinander handelten. Es kommen in Betracht: Der Minister des Innern, der Staatskommissar für öffentliche Ordnung, der Oberpräsident, der Landtagspräsident, der Polizeiminister, der Minister des Innern. Er ist der Angelegenheit der Regierungspräsidenten, die das Recht der unmittelbaren Richterhandlung an ihm haben. Ständiger Kommissar des Ministeriums ist der Oberpräsident, indem er nur ausnahmsweise zugezogen. Der Staatskommissar für öffentliche Ordnung, der Oberpräsident, der Landtagspräsident, der Polizeiminister, der Minister des Innern, so ist die Sache klar und einfach, so steht es in den Verwaltungsstellen geschrieben.“

Was hat nun die verlassene preussische Regierung an diesen Fragen gemacht? Zunächst wurde ein „Spezial-Gesetz“ erlassen. Dieses Spezialgesetz nennt sich: „Rechtshilfe beim Oberpräsidenten“ und dient dazu, dem Herrn Oberpräsidenten die Befugnisse im Lande Preußen zu verschaffen, die über den Kopf der Landesbehörden und des Landespräsidenten hinweggehen, nach Stellung nehmen können, ihn suchen. Außerdem dient diese Rechtshilfe dazu, alles, was irgend den Durchschneit durch geschäftliche oder berufliche Stellung übertrag, zu überwinden. Hebräisch und beispielhaft werden also vor allem Industrie und Beschäftigung in Betracht kommen. Der Oberpräsident ist ein „Rechtsbeistand“ der Landesbehörden, des Gewerbes, der Industrie, aber auch in der Verwaltung des Innern selbst höhere Beamte, ja selbst Beamte von Reichsbeamtungen, die den Herrn Oberpräsidenten zur Seite stehen (z. B. Landtagspräsident).

Man sollte meinen, die Entziehung über diese modern-fassliche Verwaltungskunst müßte die Rechtshilfe mit den Oberpräsidenten hingenommen; aber offenbar ist dieses neue System in seinen Absichten und Wirkungen noch nicht hinreichend und allgemein bekannt. Es erinnert an die schändlichen Vorkämpfer von Polizeimitratern, wie Romdeur aus Zeit Nationalen I, aber an politische Zustände in der Republik Venedig; in deutschen Ländern war dergleichen bisher unerhört, die Kaiser Kommissarion nach ein Weisheitsname dazugehen. Dazu kommt, daß diese famose rote Hand beim Oberpräsidenten

feinere, staatsrechtliche Erwägung

hat, aus welchen Mitteln die hohen Kosten und die Befolgungen fließen, ist aus dem Staatsrechts-Satze nicht ersichtlich. Das geht alle Parteien an, die verfassungsmäßig

dann nach Garthausen, das Gut zu beschütigen. Er hatte einen, ihm von Geschäftsfreunden beschlagnahmten, landwirtschaftlichen Sachverständigen, den Grafen Bolld, der die Erlaubnis aus dem Verlangen, mitgebracht. Angenehm hat seine Besuch in Bremen und in Garthausen, und dachte die Reise nur als eine geschäftliche Aufgabe zu sehen. In seiner Unterredung fand er Theba im Hause.

„Ich bin einmal hergekommen!“, sagte sie, „um letzten Will! Ich mußte alles noch einmal sehen. Mein Vater kommt, mich abzuholen. Er wird jetzt in Gmunden sein.“

„Sagen Sie das Haus immer als das Ihre an!“, sagte Eghard, „ich freue mich, wenn Sie Interesse an ihm nehmen und an mir!“

„Das größte Interesse!“, sagte Theba, — „und nicht nur ein verbanntschäftliches!“

„Ich gehe jetzt“, erwiderte Eghard, „Sern im Bild abzuholen. Ich habe ihn schon benachrichtigt; mit ihm und Sern Schluß will ich alles festsetzen für den Vertrag.“

„Wenn ich die Herren erwarten darf“, sagte Theba, „so ist es mir lieb, sie zum Essen bei mir zu haben!“

Eghard sagte zu und begab sich dann an die Arbeit. Die Grenzen, die Kulturzeit, die Kulturmöglichkeiten, die Wege, der Versuch wurden untersucht, und es war noch möglich, ehe man zurückkehrte, von Wiet und Eghard mußten sich sagen, ihr Begleiter ist ein wohl erfahrener Landwirt und richtig denkender Geschäftsmann. Ueber die Grenze des zu fordern und des zu zahlenden Preises war man sich einig.

Bei dem Essen erschien auch Antje Zelgen. Sie war mit Thebas Witten heraufgekommen, um sie noch einmal zu besuchen, bevor das Gut verkauft wäre. Durch ihre Beiseitig war eine lebhaftere Unterhaltung bei Tisch über das Gut, über seine Lage, über seine Nachbarn. Theba ergoß sich nach dem Um-Druck und Eghard erklärte, was er erfuhr hat. Nach dem Essen ging er mit Sern Schluß und von Wiet entließ sich, ihn nach Gmunden zurückzuführen, und vielteicht Thebas Vater abzuholen. Antje mußte sie begleiten, weil wieder Bekannte aus Holland angekommen waren. (Fortsetzung folgt.)

Ausländische Warenkredite für Deutschland

Vor einiger Zeit verläutelte bereits, daß namhafte amerikanische Baumwollporteur mehrere Bremer Importfirmen günstige Angebote gemacht haben...

Es handelt sich hierbei, wie noch ergänzend mitgeteilt wird, um die durch den ehemaligen Generalimporteur...

Wär die Vereinigten Staaten ist die Verringerung der noch recht unzulässigen Baumwollkreditverhältnisse...

Schwierigkeiten bietet noch der außerordentlich hohe Stand des Dollarkurses, und diese Tatsache hat auch bei den Verhandlungen...

Die Bedingungen für den Ankauf von Devisen durch die Reichsbank sind neuerdings für Industrie und Handel...

Achtungsgleichheiten

Wahlverweigerung, vormalig Ober M.-O. Wabern. An der außerordentlichen Generalversammlung wurde...

Offenerleben (Bohe) umgeben. Geschäftsführer und allein leitungsberechtigter ist Kommerzienrat Dr. Habbe...

Baumwollspinnerei Sviden in Sviden. Die Verwaltung beantragt die Erhöhung des Aktienkapitals um 4 Mill. Kronen...

Berliner Börsenberichte

Die Berliner Börse blieb gestern verhalten, nach dem Beschluß des Börsenvereins für rechtlichen Effektverkehr...

Währungen

Die Devisenkurse sind heute im allgemeinen verhalten geblieben, nur die Dollarrente hat sich etwas gehoben...

Produktionsberichte

Die Produktion der wichtigsten Industriezweige ist im Vergleich mit dem Vormonat...

Börsennotierungen

Table with 2 columns: Instrument, Price. Includes items like Anleihe Notierungen, Roggen, Weizen, etc.

Berliner Metallnotierungen

Table with 2 columns: Metal, Price. Includes items like Kupfer, Zinn, Nickel, etc.

Devisen-Notierungen

Table with 2 columns: Location, Exchange Rate. Includes Amsterdam, Brüssel, London, etc.

Leipziger Notierungen

Table with 2 columns: Commodity, Price. Includes Chemnitz, Leipzig, etc.

Trübendens verfluchte Brillanten

Ein sehr kostbare Schmuckstein, bei deren Veräußerung man sich heben konnte, verfluchte die Schmuckstücke...

Dürre im Danziger Freistaat

Die Dürre in Ostpreußen ist auch im Gebiet des Danziger Freistaats seit vielen Wochen kein Tropfen Regen gefallen...

Der verpöndete Säugling

Ein Sinderbräutigam mit humoristischem Ausgang hat kürzlich in Berlin-Wilmersdorf geäußert...

Präsi Schwimmer im Rhein ertrunken

Präsident Schwimmer im Rhein ertrunken. In der Nähe beim Strandbade bei Koblenz...

Brennende Petroleumlampen in Mexiko

Brennende Petroleumlampen in Mexiko. Neuer Mexico die Petroleumquellen im Magellan gebiet...

Donny Horton verheiratet

Donny Horton verheiratet. Am Sonntag fand in Berlin die Trauung der Filmballspielerin Frau Donny Horton...

Vertical text on the right edge containing various small advertisements and notices.